

Deutschland-Lörrach: Bewachungsdienste
OJ S 158/2023 18/08/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Landkreis Lörrach
Postanschrift: Palmstraße 3
Ort: Lörrach
NUTS-Code: DE139 Lörrach
Postleitzahl: 79539
Land: Deutschland
E-Mail: loerrach-sicherheitsdienst@menoldbezler.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.loerrach-landkreis.de

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YMZ68JC/documents>
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YMZ68JC>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:
Offizielle Bezeichnung: Menold Bezler Rechtsanwälte Partnerschaft mbB
Postanschrift: Stresemannstraße 79
Ort: Stuttgart
NUTS-Code: DE111 Stuttgart, Stadtkreis
Postleitzahl: 70191
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Dr. Alexander Dörr / Melanie Hantschel
E-Mail: loerrach-sicherheitsdienst@menoldbezler.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.menoldbezler.de

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

79713000 Bewachungsdienste

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Die vergabegegenständliche Leistung umfasst die Bewachung von Gemeinschaftsunterkünften (GU) zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen, Inobhutnahmestellen für unbegleitete Minderjährige Ausländer (UMA) im Gebiet des Landkreises Lörrach sowie den Sicherheitsdienst im Landratsamt Lörrach. Die Vergabe erfolgt in vier Losen, die sich wie folgt aufteilen:

- Los 1: Gemeinschaftsunterkünfte in Kandern (103 Plätze), Efringen-Kirchen (115), Huttingen (61), Weil am Rhein/Haltingen (96) und Rümmingen (60)
- Los 2: Landratsamt Lörrach - Sozialdezernat und Ausländerbehörde sowie Gemeinschaftsunterkunft in Lörrach-Brombach (240)
- Los 3: Gemeinschaftsunterkünfte in Steinen (70), Rheinfeldern (257) und zwei Unterkünfte in Schopfheim (230)
- Los 4: Zwei Inobhutnahmestellen in Lörrach (36) und eine in Schönau (100)

Grundsätzlich sind die jeweiligen Unterkünfte in den einzelnen Losen mit einem 24-Stunden/7-Tagedienst zu bewachen. Abweichungen davon sind möglich, wie zum Beispiel eine Bewachung nur zu Nachtzeiten.

Im Landratsamt Lörrach ist regelmäßig während der gesamten Öffnungszeiten Bewachungspersonal für bestimmte Bereiche (Sozialdezernat und Ausländerbehörde) zu stellen. Abweichungen hiervon sind möglich.

Zudem umfasst die Leistungserbringung die - ggf. bewaffnete - Begleitung der Abholung von Barmitteln für den Weg von der Bank zur Unterkunft sowie deren Auszahlung an die Bewohner der Unterkünfte an den vorgegebenen Auszahlungstagen.

Aufgrund der nicht absehbaren Entwicklung der Flüchtlingsströme sowie der Sicherheitslage in den kommenden Monaten kann der Umfang der zu erbringenden Leistungen stark schwanken. Dabei kann die Bewachung einzelner Objekte vollständig entfallen. Zudem können auch neue Objekte hinzukommen. Dies wird sowohl in der Leistungsbeschreibung als auch in den Vertragsentwürfen entsprechend berücksichtigt. Der Auftraggeber legt daher besonderen Wert auf Flexibilität beim Auftragnehmer.

Der Vertrag über die Bewachungsleistungen beginnt voraussichtlich am 1. Januar 2024 und läuft bis 31. Dezember 2026 (feste Grundvertragslaufzeit). Es besteht eine einseitige Verlängerungsoption zugunsten des Auftraggebers um weitere zwölf Monate. Zudem hat der Auftraggeber das Recht, das Vertragsverhältnis vorzeitig mit einer Frist von 3 Monaten zu kündigen.

Die Einzelheiten zum Leistungsumfang ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung sowie aus dem Vertragsentwurf. Diese Unterlagen werden den zur Angebotsabgabe ausgewählten Bewerbern mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe gesondert zugehen.

Weitere Informationen zu den Auftraggebern erhalten Sie unter www.loerrach-landkreis.de.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: ja
Angebote sind möglich für alle Lose

II.2. Beschreibung

II.2.1. Bezeichnung des Auftrags

Gemeinschaftsunterkünfte in Kandern (103 Plätze), Efringen-Kirchen (115), Huttingen (61), Weil am Rhein/Haltingen (96) und Rümplingen (60)
Los-Nr.: 1

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

79713000 Bewachungsdienste

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE139 Lörrach
Hauptort der Ausführung: Landkreis Lörrach

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Los 1 umfasst Sicherheitsdienstleistungen in den Gemeinschaftsunterkünften in Kandern (103 Plätze), Efringen-Kirchen (115), Huttingen (61), Weil am Rhein/Haltingen (96) und Rümplingen (60).

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/01/2024 Ende: 31/12/2026

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Es besteht eine einseitige Verlängerungsoption zugunsten des Auftraggebers um weitere zwölf Monate.

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Anzahl der Bewerber: 3 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Die Bewertung der Teilnahmeanträge und somit die Auswahl der Bewerber, die zur Abgabe eines ersten Angebots aufgefordert werden, erfolgt je Los in einem dreistufigen Verfahren.

Stufe 1:

Zunächst wird geprüft, ob die Teilnahmeanträge den formalen Anforderungen genügen. Unvollständige Teilnahmeanträge, die trotz ggf. erfolgter Nachforderung von Unterlagen weiterhin unvollständig bleiben, können nicht berücksichtigt werden.

Stufe 2:

Anschließend wird beurteilt, ob der Bewerber nach den vorgelegten Angaben und Nachweisen grundsätzlich geeignet erscheint, die verfahrensgegenständlichen Leistungen ordnungsgemäß zu erbringen.

Stufe 3:

Schließlich wird für den Fall, dass je Los mehr als drei grundsätzlich geeignete Teilnahmeanträge vorliegen, anhand der Referenzen gem. Ziffer III.1.3 der Bekanntmachung

beurteilt, wer unter den als grundsätzlich geeignet eingestuften Bewerbern im Vergleich zu den Mitbewerbern mit Blick auf die zu erbringenden Dienstleistungen besonders geeignet erscheint und daher am weiteren Verfahren beteiligt werden soll.

Damit eine vorgelegte Referenz im Rahmen der Auswahlentscheidung berücksichtigt werden kann, müssen kumulativ folgende Voraussetzungen vorliegen:

- die Referenz wurde im Teilnahmeformular an entsprechender Stelle als priorisiert gekennzeichnet. Erfolgt, auch nach ggf. erfolgter Nachforderung, keine Priorisierung durch den Bewerber, so wird die Vergabestelle die Referenzen priorisieren und entsprechend in die Wertung einbeziehen; und
- diese priorisierte Referenz erfüllt die losspezifischen Mindestanforderungen.

Es können je Los maximal 75 Punkte erzielt werden.

Für den bewerberübergreifenden Vergleich sind nachfolgende Kriterien bei der priorisierten Mindestreferenz maßgeblich:

Bzgl. Los 1:

Kriterium "Bewachung von Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete":

Bewachung von mindestens fünf Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete: 10 Punkte

24/7- Bewachung von mindestens fünf Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete: 20 Punkte

Kriterium "Aktualität der Leistungserbringung":

Ende der Leistungserbringung vor 1.1.2021: 0 Punkte

Ende der Leistungserbringung zwischen 1.1.2021 und 30.06.2023: 10 Punkte

Ende der Leistungserbringung nach 30.06.2022 (oder noch laufend): 20 Punkte

Kriterium "Dauer der Leistungserbringung":

Leistungserbringung über einen Zeitraum von 12-18 Monaten: 0 Punkte

Leistungserbringung über einen Zeitraum von 19-36 Monaten: 10 Punkte

Leistungserbringung über einen Zeitraum von über 36 Monate: 20 Punkte

Kriterium "Referenzschreiben":

kein Referenzschreiben des Auftraggebers beigefügt: 0 Punkte

Referenzschreiben des Auftraggebers der Referenzleistung beigefügt: 15 Punkte

Für den Fall, dass nach der vorstehend beschriebenen Vorgehensweise durch Punktegleichstand die vorgesehene Anzahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bieter je Los überschritten wird, entscheidet das Los.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

II.2. Beschreibung

II.2.1. Bezeichnung des Auftrags

Landratsamt Lörrach - Sozialdezernat und Ausländerbehörde sowie Gemeinschaftsunterkunft in Lörrach-Brombach (240)

Los-Nr.: 2

II.2.2.

Weitere(r) CPV-Code(s)

79713000 Bewachungsdienste

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE139 Lörrach

Hauptort der Ausführung: Landkreis Lörrach

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Los 2 umfasst Sicherheitsdienstleistungen im Landratsamt Lörrach - Sozialdezernat und Ausländerbehörde sowie der Gemeinschaftsunterkunft in Lörrach-Brombach (240).

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/01/2024 Ende: 31/12/2026

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Es besteht eine einseitige Verlängerungsoption zugunsten des Auftraggebers um weitere zwölf Monate.

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Anzahl der Bewerber: 3 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Die Bewertung der Teilnahmeanträge und somit die Auswahl der Bewerber, die zur Abgabe eines ersten Angebots aufgefordert werden, erfolgt je Los in einem dreistufigen Verfahren.

Stufe 1:

Zunächst wird geprüft, ob die Teilnahmeanträge den formalen Anforderungen genügen.

Unvollständige Teilnahmeanträge, die trotz ggf. erfolgter Nachforderung von Unterlagen weiterhin unvollständig bleiben, können nicht berücksichtigt werden.

Stufe 2:

Anschließend wird beurteilt, ob der Bewerber nach den vorgelegten Angaben und Nachweisen grundsätzlich geeignet erscheint, die verfahrensgegenständlichen Leistungen ordnungsgemäß zu erbringen.

Stufe 3:

Schließlich wird für den Fall, dass je Los mehr als drei grundsätzlich geeignete Teilnahmeanträge vorliegen, anhand der Referenzen gem. Ziffer III.1.3 der Bekanntmachung beurteilt, wer unter den als grundsätzlich geeignet eingestuften Bewerbern im Vergleich zu den Mitbewerbern mit Blick auf die zu erbringenden Dienstleistungen besonders geeignet erscheint und daher am weiteren Verfahren beteiligt werden soll.

Damit eine vorgelegte Referenz im Rahmen der Auswahlentscheidung berücksichtigt werden kann, müssen kumulativ folgende Voraussetzungen vorliegen:

- die Referenz wurde im Teilnahmeformular an entsprechender Stelle als priorisiert gekennzeichnet. Erfolgt, auch nach ggf. erfolgter Nachforderung, keine Priorisierung durch den Bewerber, so wird die Vergabestelle die Referenzen priorisieren und entsprechend in die Wertung einbeziehen; und
- diese priorisierte Referenz erfüllt die losspezifischen Mindestanforderungen.

Es können je Los maximal 75 Punkte erzielt werden.

Für den bewerberübergreifenden Vergleich sind nachfolgende Kriterien bei der priorisierten Mindestreferenz maßgeblich:

Bzgl. Los 2:

Kriterium "Aktualität der Leistungserbringung":

Ende der Leistungserbringung vor 1.1.2021: 0 Punkte

Ende der Leistungserbringung zwischen 1.1.2021 und 30.06.2023: 10 Punkte

Ende der Leistungserbringung nach 30.06.2022 (oder noch laufend): 20 Punkte

Kriterium "Leistungserbringung in Behörden":

Leistungserbringung umfasste zusätzlich zu Sicherheitsdienstleistungen in einer Gemeinschaftsunterkunft auch Räumlichkeiten eines Landratsamtes oder einer sonstigen Behörde 20 Punkte

Kriterium "Dauer der Leistungserbringung":

Leistungserbringung über einen Zeitraum von 12-18 Monaten: 0 Punkte

Leistungserbringung über einen Zeitraum von 19-36 Monaten: 10 Punkte

Leistungserbringung über einen Zeitraum von über 36 Monate: 20 Punkte

Kriterium "Referenzschreiben":

kein Referenzschreiben des Auftraggebers beigefügt: 0 Punkte

Referenzschreiben des Auftraggebers der Referenzleistung beigefügt: 15 Punkte

Für den Fall, dass nach der vorstehend beschriebenen Vorgehensweise durch Punktegleichstand die vorgesehene Anzahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bieter je Los überschritten wird, entscheidet das Los.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

II.2. Beschreibung

II.2.1. Bezeichnung des Auftrags

Gemeinschaftsunterkünfte in Steinen (70), Rheinfeldern (257) und zwei Unterkünfte in Schopfheim (230)

Los-Nr.: 3

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

79713000 Bewachungsdienste

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE139 Lörrach

Hauptort der Ausführung: Landkreis Lörrach

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Los 3 umfasst Sicherheitsdienstleistungen in den Gemeinschaftsunterkünften in Steinen (70), Rheinfeldern (257) und zwei Unterkünften in Schopfheim (230).

II.2.5.

Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/01/2024 Ende: 31/12/2026

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Es besteht eine einseitige Verlängerungsoption zugunsten des Auftraggebers um weitere zwölf Monate.

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Anzahl der Bewerber: 3 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Die Bewertung der Teilnahmeanträge und somit die Auswahl der Bewerber, die zur Abgabe eines ersten Angebots aufgefordert werden, erfolgt je Los in einem dreistufigen Verfahren.

Stufe 1:

Zunächst wird geprüft, ob die Teilnahmeanträge den formalen Anforderungen genügen.

Unvollständige Teilnahmeanträge, die trotz ggf. erfolgter Nachforderung von Unterlagen weiterhin unvollständig bleiben, können nicht berücksichtigt werden.

Stufe 2:

Anschließend wird beurteilt, ob der Bewerber nach den vorgelegten Angaben und Nachweisen grundsätzlich geeignet erscheint, die verfahrensgegenständlichen Leistungen ordnungsgemäß zu erbringen.

Stufe 3:

Schließlich wird für den Fall, dass je Los mehr als drei grundsätzlich geeignete Teilnahmeanträge vorliegen, anhand der Referenzen gem. Ziffer III.1.3 der Bekanntmachung beurteilt, wer unter den als grundsätzlich geeignet eingestuftten Bewerbern im Vergleich zu den Mitbewerbern mit Blick auf die zu erbringenden Dienstleistungen besonders geeignet erscheint und daher am weiteren Verfahren beteiligt werden soll.

Damit eine vorgelegte Referenz im Rahmen der Auswahlentscheidung berücksichtigt werden kann, müssen kumulativ folgende Voraussetzungen vorliegen:

- die Referenz wurde im Teilnahmeformular an entsprechender Stelle als priorisiert gekennzeichnet. Erfolgt, auch nach ggf. erfolgter Nachforderung, keine Priorisierung durch den Bewerber, so wird die Vergabestelle die Referenzen priorisieren und entsprechend in die Wertung einbeziehen; und

- diese priorisierte Referenz erfüllt die losspezifischen Mindestanforderungen.

Es können je Los maximal 75 Punkte erzielt werden.

Für den bewerberübergreifenden Vergleich sind nachfolgende Kriterien bei der priorisierten Mindestreferenz maßgeblich:

Bzgl. Los 3:

Kriterium "Bewachung von Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete":

Bewachung von mindestens vier Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete: 10 Punkte

24/7- Bewachung von mindestens vier Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete: 20 Punkte

Kriterium "Aktualität der Leistungserbringung":

Ende der Leistungserbringung vor 1.1.2021: 0 Punkte

Ende der Leistungserbringung zwischen 1.1.2021 und 30.06.2023: 10 Punkte

Ende der Leistungserbringung nach 30.06.2022 (oder noch laufend): 20 Punkte

Kriterium "Dauer der Leistungserbringung":

Leistungserbringung über einen Zeitraum von 12-18 Monaten: 0 Punkte

Leistungserbringung über einen Zeitraum von 19-36 Monaten: 10 Punkte

Leistungserbringung über einen Zeitraum von über 36 Monate: 20 Punkte

Kriterium "Referenzschreiben":

kein Referenzschreiben des Auftraggebers beigefügt: 0 Punkte

Referenzschreiben des Auftraggebers der Referenzleistung beigefügt: 15 Punkte

Für den Fall, dass nach der vorstehend beschriebenen Vorgehensweise durch Punktegleichstand die vorgesehene Anzahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bieter je Los überschritten wird, entscheidet das Los.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

II.2. Beschreibung

II.2.1. Bezeichnung des Auftrags

Zwei Inobhutnahmestellen in Lörrach (36) und eine in Schönau (100)

Los-Nr.: 4

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

79713000 Bewachungsdienste

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE139 Lörrach

Hauptort der Ausführung: Landkreis Lörrach

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Los 4 umfasst Sicherheitsdienstleistungen in zwei Inobhutnahmestellen in Lörrach (36) und eine in Schönau (100).

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/01/2024 Ende: 31/12/2026

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Es besteht eine einseitige Verlängerungsoption zugunsten des Auftraggebers um weitere zwölf Monate.

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Anzahl der Bewerber: 3
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Die Bewertung der Teilnahmeanträge und somit die Auswahl der Bewerber, die zur Abgabe eines ersten Angebots aufgefordert werden, erfolgt je Los in einem dreistufigen Verfahren.

Stufe 1:

Zunächst wird geprüft, ob die Teilnahmeanträge den formalen Anforderungen genügen.

Unvollständige Teilnahmeanträge, die trotz ggf. erfolgter Nachforderung von Unterlagen weiterhin unvollständig bleiben, können nicht berücksichtigt werden.

Stufe 2:

Anschließend wird beurteilt, ob der Bewerber nach den vorgelegten Angaben und Nachweisen grundsätzlich geeignet erscheint, die verfahrensgegenständlichen Leistungen ordnungsgemäß zu erbringen.

Stufe 3:

Schließlich wird für den Fall, dass je Los mehr als drei grundsätzlich geeignete Teilnahmeanträge vorliegen, anhand der Referenzen gem. Ziffer III.1.3 der Bekanntmachung beurteilt, wer unter den als grundsätzlich geeignet eingestuften Bewerbern im Vergleich zu den Mitbewerbern mit Blick auf die zu erbringenden Dienstleistungen besonders geeignet erscheint und daher am weiteren Verfahren beteiligt werden soll.

Damit eine vorgelegte Referenz im Rahmen der Auswahlentscheidung berücksichtigt werden kann, müssen kumulativ folgende Voraussetzungen vorliegen:

- die Referenz wurde im Teilnahmeformular an entsprechender Stelle als priorisiert gekennzeichnet. Erfolgt, auch nach ggf. erfolgter Nachforderung, keine Priorisierung durch den Bewerber, so wird die Vergabestelle die Referenzen priorisieren und entsprechend in die Wertung einbeziehen; und
- diese priorisierte Referenz erfüllt die losspezifischen Mindestanforderungen.

Es können je Los maximal 75 Punkte erzielt werden.

Für den bewerberübergreifenden Vergleich sind nachfolgende Kriterien bei der priorisierten Mindestreferenz maßgeblich:

Bzgl. Los 4:

Kriterium "Bewachung von Inobhutnahmestellen für unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA)":

Bewachung von mindestens drei Inobhutnahmestellen für UMA: 10 Punkte

24/7- Bewachung von mindestens drei Inobhutnahmestellen für UMA: 20 Punkte

Kriterium "Aktualität der Leistungserbringung":

Ende der Leistungserbringung vor 1.1.2021: 0 Punkte

Ende der Leistungserbringung zwischen 1.1.2021 und 30.06.2023: 10 Punkte

Ende der Leistungserbringung nach 30.06.2022 (oder noch laufend): 20 Punkte

Kriterium "Dauer der Leistungserbringung":

Leistungserbringung über einen Zeitraum von 12-18 Monaten: 0 Punkte

Leistungserbringung über einen Zeitraum von 19-36 Monaten: 10 Punkte

Leistungserbringung über einen Zeitraum von über 36 Monate: 20 Punkte

Kriterium "Referenzschreiben":

kein Referenzschreiben des Auftraggebers beigefügt: 0 Punkte

Referenzschreiben des Auftraggebers der Referenzleistung beigefügt: 15 Punkte

Für den Fall, dass nach der vorstehend beschriebenen Vorgehensweise durch Punktegleichstand die vorgesehene Anzahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bieter je Los überschritten wird, entscheidet das Los.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

1. Vorbemerkung:

Die Eignung ist für jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft gesondert nachzuweisen. Soweit nachfolgend nichts Abweichendes geregelt wird, sind daher alle Eignungsnachweise von jedem Mitglied einer Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Ein Bewerber kann sich zum Nachweis seiner Eignung auf andere Unternehmen stützen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesem Unternehmen bestehenden Verbindungen (Eignungsleihe). Diese Möglichkeit besteht unabhängig von der Rechtsnatur der zwischen dem Bewerber und den anderen Unternehmen bestehenden Verbindungen. In diesem Fall ist der Vergabestelle nachzuweisen, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens vorlegt wird. Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung nach Ziffer III.1.1) bis III.1.3) hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bewerber auf die Eignung des Unternehmens stützt. Zudem sind für dieses Unternehmen die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 123, 124 GWB vorzulegen.

Vorstehende Ausführungen gelten für die Nachweise nach III.1.2) und III.1.3) entsprechend.

2. Vorzulegende Nachweise, Erklärungen und Dokumente:

Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen in Bezug auf Ausschlussgründe einzureichen:

- (1) Eigenerklärung, dass die Ausschlussgründe des § 123 GWB nicht vorliegen,
- (2) Eigenerklärung über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 124 GWB,
- (3) Eigenerklärung gemäß § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG),
- (4) Eigenerklärung zu Art. 5k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- (1) Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens sowie den Umsatz mit vergleichbaren Leistungen in den vergangenen drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2020, 2021, 2022).

(2) Eigenerklärung über das Bestehen einer Betriebshaftpflichtversicherung in Höhe von 5 000 000 EUR für Personenschäden, 2 500 000 EUR für Sach- und Vermögensschäden (einschließlich Verstöße gegen Datenschutz) oder Erklärung, dass eine solche Versicherung im Auftragsfalle abgeschlossen wird.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

(1) Eigenerklärung, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens und die Zahl der Mitarbeiter mit einem Sachkundenachweis gemäß § 34a GewO sowie davon Personen mit Waffenschein, der auch zum Führen der Waffe in Gemeinschaftsunterkünften berechtigt in den letzten drei Jahren ersichtlich ist

(2) Referenzen

Eigenerklärung über erbrachte vergleichbare Leistungen im Bereich

Sicherheitsdienstleistungen für Flüchtlings-/Asylbewerberunterkünfte aus den letzten drei Jahren (das heißt, die Leistung darf nicht vor dem 01.01.2020 beendet worden sein).

Die Erklärung über Referenzleistungen muss jeweils folgende Angaben enthalten:

- Bezeichnung des Auftrags
- kurze Beschreibung des Leistungsumfangs
- Name des Auftraggebers inkl. Ansprechpartner
- Zeitraum der Leistungserbringung
- Angaben, ob und ggf. wie viele Objekt(e) mit einem 24-Stunden/7-Tage-Dienst (Nacht-, Wochenend- und Feiertagsdienst) bewacht wurden
- Angaben zu der Art bzw. Anzahl der Objekte.

Ferner kann optional folgendes Dokument eingereicht werden:

- Bestätigungsschreiben des Auftraggebers, über die Erbringung der referenzgegenständlichen Bewachungs- und Sicherheitsdienstleistungen (Referenzschreiben).

Die Vorlage von mehr als insgesamt 3 Referenzen je Los ist nicht erwünscht.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

zu (1) Eigenerklärung, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens und die Zahl der Mitarbeiter mit einem Sachkundenachweis gemäß § 34a GewO sowie davon Personen mit Waffenschein, der auch zum Führen der Waffe in Gemeinschaftsunterkünften berechtigt in den letzten drei Jahren ersichtlich ist:

Es gelten folgende Mindestanforderungen:

Für Los 1:

Das Unternehmen muss für das Jahr 2022, unabhängig von der Art des Anstellungsverhältnisses, mindestens 13 Mitarbeiter mit einem Sachkundenachweis nach § 34a GewO vorweisen, davon mindestens 2 Mitarbeiter mit der Berechtigung zum Führen einer Schusswaffe (Waffenschein). Der Waffenschein muss auch für die Nutzung in Gemeinschaftsunterkünften ausgestellt sein.

Für Los 2:

Das Unternehmen muss für das Jahr 2022, unabhängig von der Art des Anstellungsverhältnisses, mindestens 12 Mitarbeiter mit einem Sachkundenachweis nach § 34a GewO vorweisen, davon mindestens 3 Mitarbeiter mit der Berechtigung zum Führen einer Schusswaffe (Waffenschein). Der Waffenschein muss auch für die Nutzung in Gemeinschaftsunterkünften ausgestellt sein.

Für Los 3:

Das Unternehmen muss für das Jahr 2022, unabhängig von der Art des Anstellungsverhältnisses, mindestens 19 Mitarbeiter mit einem Sachkundenachweis nach §

34a GewO vorweisen, davon mindestens 3 Mitarbeiter mit der Berechtigung zum Führen einer Schusswaffe (Waffenschein). Der Waffenschein muss auch für die Nutzung in Gemeinschaftsunterkünften ausgestellt sein.

Für Los 4:

Das Unternehmen muss für das Jahr 2022, unabhängig von der Art des Anstellungsverhältnisses, mindestens 5 Mitarbeiter mit einem Sachkundenachweis nach § 34a GewO vorweisen, davon mindestens 0 Mitarbeiter mit der Berechtigung zum Führen einer Schusswaffe (Waffenschein). Der Waffenschein muss auch für die Nutzung in Gemeinschaftsunterkünften ausgestellt sein.

zu (2): Referenzen

Für Los 1:

Es gelten folgende Mindestanforderungen:

o Nachweis mindestens einer Referenz über die gleichzeitige Bewachung von mindestens vier Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete über einen Zeitraum von mindestens 12 Monaten.

Für Los 2:

Es gelten folgende Mindestanforderungen:

o Nachweis mindestens einer Referenz über die Bewachung von mindestens einer Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete über einen Zeitraum von mindestens 12 Monaten.

Für Los 3:

Es gelten folgende Mindestanforderungen:

o Nachweis mindestens einer Referenz über die gleichzeitige Bewachung von mindestens drei Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete über einen Zeitraum von mindestens 12 Monaten.

Für Los 4:

Es gelten folgende Mindestanforderungen:

o Nachweis mindestens einer Referenz über die gleichzeitige Bewachung von mindestens zwei Inobhutnahmestellen für UMA über einen Zeitraum von mindestens 12 Monaten.

Hinweis: Die geforderten Mindestreferenzen sind von Bewerbungsgemeinschaften insgesamt nur einmal vorzulegen. Sofern sich ein Bewerber / eine Bewerbungsgemeinschaft auf mehrere Lose bewirbt, sind die geforderten Mindestreferenzen ebenfalls insgesamt nur einmal vorzulegen.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Für Bewerbungsgemeinschaften gilt:

Es gibt keine Vorgabe hinsichtlich der Rechtsform. Erforderlich ist die Einreichung einer von allen Mitgliedern der Bewerbungsgemeinschaft unterzeichneten Erklärung folgenden Inhalts:

- (1) plausible Darstellung der Aufgabenteilung innerhalb der Bewerbungsgemeinschaft,
- (2) Benennung des bevollmächtigten Vertreters der Bewerbungsgemeinschaft,
- (3) Erklärung, dass dieser Vertreter die Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft während des gesamten Verfahrens rechtsverbindlich vertritt,
- (4) Erklärung, dass der bevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung für jedes Mitglied Zahlungen anzunehmen,
- (5) Erklärung, dass alle Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft im Vergabeverfahren sowie im Auftragsfall gesamtschuldnerisch haften.

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.4. Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 15/09/2023 Ortszeit: 12:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Es wird darauf hingewiesen, dass das am 1.7.2013 in Kraft getretene Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (LTMG) sowie das Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz) Anwendung finden. Die sich hieraus ergebenden Verpflichtungen, insbesondere auch bei dem Einsatz von Nach- und Verleihunternehmen, sind daher zu beachten.

Die Teilnahmeformulare sind unter der in Ziffer I.3) angegebenen Internetadresse abrufbar. Ebenfalls dort abrufbar ist ein Bewerbermemorandum. In diesen Teilnahmeunterlagen sind wesentliche Teile der ausgeschriebenen Leistung sowie der Verfahrensvorgaben bereits dargestellt. Unter der in Ziffer I.3) angegebenen Internetadresse werden auch Antworten auf Bewerberfragen sowie aktualisierte oder weitere Informationen und Unterlagen zu dem Verfahren zur Verfügung gestellt. Interessenten an dem Verfahren müssen sicherstellen, dass sie regelmäßig und insbesondere unmittelbar vor Abgabe ihres Teilnahmeantrags sowie vor Ablauf der Teilnahmefrist prüfen, ob seitens der Vergabestelle zusätzliche Informationen oder Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden, welche für die Abgabe des Teilnahmeantrags zu beachten sind.

Bekanntmachungs-ID: CXP4YMZ68JC

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Postanschrift: Durlacher Allee 100
Ort: Karlsruhe
Postleitzahl: 76137
Land: Deutschland
Fax: +49 721926-3985
Internet-Adresse: www.rp.baden-wuerttemberg.de

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Es gelten die Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB).

Hinsichtlich der Einleitung von Nachprüfungsverfahren wird auf § 160 GWB verwiesen. Dieser lautet:

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. Der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat;

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Hinsichtlich der Information nicht berücksichtigter Bieter und Bewerber gelten die §§ 134, 135 GWB. Insbesondere gilt: Bieter deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 GWB darüber informiert. Das gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung dieser Information durch den Auftraggeber geschlossen werden; bei Übermittlung per Telefax oder auf elektronischem Wege beträgt diese Frist 10 Kalendertage.

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Ort: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land: Deutschland

Fax: +49 721926-3985

Internet-Adresse: www.rp.baden-wuerttemberg.de

VI.5.

Tag der Absendung dieser Bekanntmachung
15/08/2023